

Das atomare Wettrüsten unterbrechen – Nuklearwaffen ächten und abbauen

Wortlaut der Beschlussfassung in der Gesamtsynode am Donnerstag, 18.11.2021

Anlass dieser Stellungnahme

In den letzten Jahren ist die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen von verschiedenen Seiten immer wieder als politisches Druckmittel eingesetzt worden. Vereinbarungen über die Abrüstung und Nichtverbreitung von Atomwaffen wurden verletzt oder aufgekündigt. Die laufende Modernisierung des Atomwaffenarsenals macht deren Verwendung in Konfliktfällen immer wahrscheinlicher. Das ohnehin fragwürdige „Gleichgewicht des Schreckens“ wird durch Versuche einseitiger Dominanz in einzelnen Gattungen atomarer Waffen zunehmend labil.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung bekommt das „Nein ohne jedes Ja“, mit dem der Reformierte Bund im Jahr 1982 Herstellung, Drohung und Einsatz von Massenvernichtungswaffen grundlegend verworfen hat, erneut dramatische Aktualität. Während biologische und chemische Waffen inzwischen international geächtet sind, werden Atomwaffen in Ost und West immer noch wie selbstverständlich zum Arsenal der Streitkräfte gerechnet; auch diktatorische Regimes und Terrorgruppen streben nach ihrem Besitz.

Erklärung:

Wir schließen uns den erneuten Appellen des Reformierten Bundes vom Oktober 2017 und der Erklärung der Lippischen Landessynode vom Juni 2018 an und erklären:

Der Einsatz von atomaren Waffen ist ein Verbrechen. Daher fordern wir nicht nur deren Ächtung, sondern darüber hinaus auch ein striktes weltweites Verbot des militärischen und politischen Einsatzes dieser Waffen, sowie ein Verbot ihrer Herstellung und Weiterverbreitung.

- Was für alle Massenvernichtungswaffen gilt, gilt auch für die Atomwaffen - obwohl deren Existenz und Weiterentwicklung „zur Abschreckung“ politisch immer noch vertreten wird.
- Seit Hiroshima und Nagasaki weiß es die Welt: Ein Einsatz solcher Waffen zerstört unterschiedslos Mensch und Natur. Er spricht dem Auftrag Gottes an die Menschen Hohn, die Erde zu bebauen und das Leben darauf zu bewahren.

- Der Einsatz atomarer Waffen widerspricht auch dem Auftrag des Staates, für Recht und Frieden zu sorgen. Denn Massenvernichtungswaffen zerstören nachhaltig, was sie zu schützen behaupten. Wir unterstreichen die 2007 auch in der Friedensdenkschrift der EKD formulierte Einsicht: Der Einsatz solcher Waffen kann nicht zu den legitimen Gewaltmitteln staatlichen Handelns gerechnet werden.¹
- „Abschreckung“ setzt die Bereitschaft voraus, die Waffen, die man dazu bereithält, auch einzusetzen. Sie nimmt die Bevölkerung eines anderen Landes als Geisel zur Durchsetzung machtpolitischer Ziele.
- Wir müssen damit rechnen, dass auch das Risiko irrtümlicher oder gar terroristisch bedingter Einsätze von Atomwaffen stetig zunimmt, und fordern auch aus diesem Grund die Ächtung und Abschaffung dieser Waffen.
- Die Meinung, in den vergangenen Jahrzehnten habe letztlich das atomare „Gleichgewicht des Schreckens“ einen großen Krieg in Europa verhindert, halten wir schon historisch für höchst fragwürdig.
- Die Meinung aber, auch in Zukunft könne der Frieden alternativlos allein durch Massenvernichtungswaffen gesichert werden, ist nach unserer Überzeugung eine politische Bankrotterklärung.
- Um Gottes und der Menschen Willen werden wir der Behauptung, dass der Friede nur mit Hilfe von Massenvernichtungswaffen gesichert werden könne, niemals zustimmen.
- Aus den genannten Gründen kann die Kirche nicht anders, als bereits alle Vorbereitungen zu einem Einsatz solcher Waffen strikt abzulehnen.
- Wir plädieren daher dafür, dass die Evangelische Kirche in Deutschland der internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN - International Campaign to Abolish Nuclear Weapons - Trägerin des Friedensnobelpreises 2017) beitrifft.

Wir bekräftigen hiermit die 1982 vom Moderamen des Reformierten Bundes in der Erklärung „Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche“ verfassten Sätze: *„Massenvernichtungsmittel sind keine angemessenen und notwendigen Machtmittel, mit denen ein Staat potentielle Gegner abschrecken und im Kriegsfall bekämpfen darf.*

...

Ihnen gilt von Seiten der Christen ein aus dem Bekenntnis zu Gott dem Schöpfer, Versöhner und Erlöser gesprochenes bedingungsloses ‚Nein!‘, ein ‚Nein ohne jedes Ja‘.“ (These III)

¹ Siehe: Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der EKD, 2007, Seite 103.

Politische Folgerungen

Auf politischer Ebene setzen wir uns für folgende Ziele ein und bitten die Abgeordneten des Bundestages dafür um ihre Unterstützung:

- Da es Aufgabe des Staates ist, für Recht und Frieden zu sorgen, fordern wir die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien dazu auf, politische Lösungswege zu entwickeln und vorzustellen, mit denen der Friede in Zukunft auch ohne die Drohung von atomaren Massenvernichtungswaffen bewahrt werden kann.
- Die Bundesrepublik Deutschland möge als Mitglied der NATO eintreten für vertrauensbildende Maßnahmen insbesondere gegenüber Russland, sowie für eine eindeutig defensive Ausrichtung der Bewaffnung und der Strategie des nordatlantischen Bündnisses und für immer neue Anläufe zur schrittweisen Reduzierung der atomaren Waffen auf allen Seiten. Die Bundesrepublik sollte die Bereitschaft zu ersten einseitigen Abrüstungsschritten stärken.
- Die Bundesrepublik Deutschland möge - parallel zu ihren Bemühungen innerhalb der NATO - auf Ebene der Europäischen Union und der Vereinten Nationen die Anstrengungen für das Ziel einer weitgehenden globalen Denuklearisierung unterstützen.
- Die Bundesrepublik Deutschland möge mit ihrer besonderen Stellung innerhalb der Europäischen Union und der NATO mit allen zur Verfügung stehenden politischen Mitteln und in Abstimmung mit seinen Verbündeten darauf hinarbeiten, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten.
- Die Bundesrepublik Deutschland möge im Benehmen mit den NATO-Verbündeten ihren Status der nuklearen Teilhabe beenden, so dass künftig Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr nicht mehr an den Vorbereitungen von Einsätzen atomarer Waffen beteiligt sind. Von deutschen Standorten aus sollten Einsätze dieser Waffen nicht mehr unterstützt werden können und sie sollten dort auch nicht mehr lagern.
- Die Bundesrepublik Deutschland möge die Produktion und Ausfuhr solcher Materialien und Waffen verbieten, die zur Entwicklung und als Trägersysteme für atomare Waffen benutzt werden können.